

die geborenen Italiener nur wenige dieser Namen, die entweder seit Jahrhunderten ungebürlich oder überhaupt erst in den letzten zwei Jahren erlangt worden sind. Macht nichts, denkt der Südtiroler, um so eher geben die ihm so verhassten Mäler wie die „Meraner Zeitung“ oder der „Bozener Landmann“ ein. Ein neuer Schlag, um dieses erwünschte Ende herbeizuführen, wird, wie wir aus zuverlässiger Quelle wissen, vorbereitet. Man will die deutschen Mäler zwingen, nicht nur die amtlichen Bekanntmachungen, sondern den gesamten Text ihrer Veröffentlichungen herauszugeben! Es liegt auf der Hand, daß dadurch der Vertriebspreis des Blattes so hoch getrieben wird, daß die Zeitungen unter der Last der redaktionellen Ausgaben einfach zusammenbrechen — ganz abgesehen davon, daß die Aktualität der Zeitung durch die umständlichen Überlieferungen völlig in Frage gestellt würde. Die Kritik behördlicher Maßnahmen ist schon längst nicht mehr möglich, und wer wollte den Schriftleitern eine gewisse übertriebene Kenntlichkeit verdenken, wenn er weiß, wie die geringsten Ursachen zu solchen schweren Verwarnungen und tatsächlichen Demonstrationen führen? So erklärt es sich auch, daß man südlich des Brenners alles andere als begeistert ist, wenn rechtsdenkende Mäler in autogener Vereinerung die Eingliederung Südtirols in das erweiterte Großdeutschland fordern. Die Rückwirkungen solcher Postulare auf das Tiroler Volk pflegen nie auszubleiben, und die unglücklichen Mäler, fern vom Schiffe, haben der deutschen Sache nichts genutzt, sondern nur geschadet. Immer daran denken, aber nie davon sprechen! In die Parole, die im Kampf für die deutschen Minderheiten ihre ganz besondere Bedeutung hat, Nichts kann dagegen dringender erwähnt sein, als daß das deutsche Volk tatkraftige Hilfe leistet, indem es für den Kampf um die deutsche Kultur in Tirol Opfer an Geld und freier Zeit bringt. Die Hilfe — gleichsam passive — Abwehr gegen die Vergeßlichkeit Tirols ist ein unablässiger Nachdruck von Reisenden aus Deutschland, die den Einheimischen durch

lastvolle Teilnahme an ihrem schweren nationalen Unglück den Rücken heissen und sich durch persönliche Anschauung für die große Bedeutung der Südtiroler Frage gewinnen lassen. Denn eine Frage bleibt die Zukunft Südtirols, auch wenn sie jetzt scheinbar im italienischen Sinne gelöst ist. Das Völkerrecht, von dem jeder durchdrungen sein wird, der nur einmal durch die Bänder Sterzings oder durch die uralte deutsche Siedlung von Gargazon im Gschnitz gewandert ist, jenem bereits im Vertrage zu Verdun i. J. 843 als Grenze zwischen Deutschland und Belsland genannten Dorfe, dieses Völkerrecht besteht vor allem darin, daß man das heutige „Südtirol“ als einen geographisch, kulturell und wirtschaftlich zusammengehörigen Begriff darstellt hat. In Wirklichkeit ist Südtirol von dem eigentlichen Trentino, der Italia irroventa, scharf zu scheiden. Das Bezirke wie Trient, Arco oder Ala nach der sich mehr und mehr bahnbrechenden Ansicht in Minderheitsfragen völkisch und daher auch politisch zu Italien gehören, betreibt man in Meran und Bozen durchaus nicht. Andererseits leidet man aber aus diesem „Zweckhandels“ das gleiche für sich ab und betont, daß man über seine politische Zugehörigkeit nach dem Ende Deutscher-Italien hätte befragt werden müssen. Deutschland kann es heute im Grunde gleich sein, wer den Brenner militärisch beherrscht, aber die Tatsache, daß dreihunderttausend seiner Volksgenossen unter einem barbarischen Entschlagnungsbesatz stehen, wird für immer die deutsch-italienischen Beziehungen unerträglich belasten. Für die geistige Freiheit aller Deutschen in Mitteleuropa zu wirken, sählt das künftige Deutschland als seine vornehmste Sendung. So lange Italien daher den Deutschen innerhalb seiner Grenzen das unfreiwillig bezogene Quartier nicht nur nicht erträglich gestaltet, sondern möglichst noch verfeinert wird, wird die Forderung des Selbstbestimmungsrechtes für das Mutterland unserer mittelalterlichen Kultur nicht verkommen und auch im Reiche immer wieder ihr Echo finden.

### Rückgang der Befahrungskosten.

Der Bericht des Generalagenten.  
Berlin, 11. August. Die Berichte des Generalagenten für die Reparationszahlungen gleichen einander so sehr, daß man auf ihre Einzelheiten nicht einzugehen braucht. Es wird durch sie in jedem Monat festgestellt, daß wir unsere und durch den Dawes-Plan aufgelegten Pflichten in vollkommener Weise erfüllen. Vorläufig tun wir es, wie auch der heute ausgegebene Bericht für Juli erkennen läßt, noch mit Hilfe der Anleihe von 800 Millionen Mark und den aus der Verkefährsteuer der Reichsbahn stehenden Beiträgen. Bis zum 31. Juli hatten wir insgesamt 827 352 124 Mark aus dieser Quelle bezahlt, die in der üblichen Weise zwischen Großbritannien, Frankreich, Belgien, Japan, Jugoslawien, Portugal, Rumänien, Griechenland und Polen verteilt worden sind. Von dieser Summe wurden 832 Millionen für Sachlieferungen verwendet, 167 Millionen Kosten in die englischen und französischen Staatskassen, die Verwaltungs- und Kontrollkosten, die der Dawes-Plan verursacht, betragen 24 Millionen, die Befahrungsbarmessungen 17 Millionen. Erhebliche Änderungen gegen die Zahlungen früherer Monate sind im Juli nicht eingetreten. Die Zahlungen an die französische Befahrung sind, und das ist das erfreulichste in dem ganzen Bericht, seit dem Mai von 5 auf 2,8 Millionen Mark heruntergegangen.

Nach dem Bericht des Generalagenten hat Deutschland im Monat Juli 1925 an Reparationszahlungen geleistet: 83 523 880,99 Goldmark, davon entfallen auf Großbritannien 15 104 782,65, auf Frankreich 40 241 881,92 und auf Belgien 9 821,98 Goldmark. Die in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Juli 1925 von Deutschland gezahlten Reparationsleistungen belaufen sich insgesamt auf 840 815 236,66 Goldmark. (R.T.B.)

### Planmäßige Auswanderungspolitik.

Benötigendes Zeigen der Auswanderung.  
Berlin, 11. August. Die Auswanderungsdifferenz beginnt als Folge der schlechten wirtschaftlichen Lage Deutschlands wieder in bedauerlicher Weise zu steigen. Es ist daher eine dringende Notwendigkeit, Maßnahmen gegen die planlose Auswanderung zu treffen. Der Reichsverband deutscher Auswanderer in Hamburg hat eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, in der er eine bessere Organisation der Auswanderung und die Schaffung eines neuen Auswanderungsgesetzes verlangt. Die wirtschaftspolitische Bedeutung möglichst geschlossener deutscher Auslandsbeziehungen müsse durch eine planvolle Auswanderungspolitik für Deutschland ausgewertet werden. Kein Deutscher dürfe im Auslande dem Mutterlande verlorengehen. Die zu schaffenden Organisationen müssen ein Zusammengehen der deutschen Regierung mit der Regierung des Einwanderungslandes und mit den privaten Kolonialgesellschaften ermöglichen. Dazu seien erforderlich Einwanderungs- und Kommissare bei den Konsulaten bzw. Konsulaten der Einwanderungsländer zur Beratung und Unterstützung der Einwanderer im Auslande, gemeinnützige Beratungsstellen für Auswanderer in Deutschland, Unterstützung für die deutschen Kolonialgesellschaften und Siedlungsgemeinschaften durch die deutsche Reichsregierung, Staatsverträge über die Gewährung von Erleichterungen für die Reichsregierung mit den Regierungen der Einwanderungsländer, Kapitalisierung und Arbeitslosenunterstützung für auswandernde Arbeitslose, billigere Fahrt auf deutschen Schiffen und die Schaffung einer Auswandererunterstützungsgesellschaft unter staatlichem Protektorat. Die Eingabe ist u. a. unterzeichnet von dem volksparteilichen Reichstagsabgeordneten und Gouverneur Dr. Schreie und dem demokratischen Wirtschaftspolitiker Paul Rohrbach.

### Die Wirtschaftskrise im Ruhrgebiet.

Berlin, 11. August. Die Lage im Ruhrgebiet verzweifelt sich infolge zahlreicher Arbeiterentlassungen von Tag zu Tag. Nach den Erklärungen des Vordrates Hansemann im Kreisstag von Hörde ist der Vordreis Hörde durch die Bechenshilleungen in eine äußerst bedrückte Lage gebracht worden. Am 1. Oktober werden wahrscheinlich höchstens nur noch zwei bis drei Tausend im Kreise im Betrieb sein. Von 15 000 Bergarbeitern werden dann etwa 18 000 drohlos sein. In Hordum laufen infolge der schlechten Wirtschaftslage in Westfalen täglich bei den Bergleuten über 150 Zahlungsbescheide ein. Auch die Zahl der Beschäftigten hat in den letzten Wochen eine außerordentliche Steigerung erfahren.

### Geheimer Kommerzienrat Eduard Arnhold †.

Berlin, 11. August. Der Geheimer Kommerzienrat Eduard Arnhold ist gestern abend auf seiner Besitzung Reuders bei Schliersee in Bayern im Alter von 76 Jahren einem Herzschlag erlegen.

In ihm hat der deutsche Kaufmannstand einen hervorragenden Vertreter, die Berliner Finanzwelt eine ihrer namhaftesten Persönlichkeiten verloren. Eduard Arnhold war der Inhaber der weltbekannten Kohlenbergbau- und Hüttenwerke G. A. S. & Co. in Bochum. Die Firma nahm unter seiner Leitung einen bedeutenden Aufschwung und zählte zu den weitläufigsten ihrer Art in ganz Deutschland. Vor allem besaß sie sich mit dem Vertrieb der oberirdischen Kohle, und zwar besonders auf dem Wasserwege. Geheimer Rat Arnhold hat darüber hinaus im deutschen Wirtschaftsleben eine bedeutende Rolle dadurch gespielt, daß er dem Reichspräsidenten, Kaiserlicher erster Industriegeheimrat angehörte, vielfach als Ausschüßratsvorsitzender. Auf sein Urteil in allen industriellen und finanziellen Fragen legte man allgemein großen Wert. Geheimer Rat Arnhold gehörte auch viele Jahre hindurch dem Zentralausschuß der Reichsbank an und war Vorkontrollrat der Reichsbank des Reichspräsidenten der Dresdner Bank. Im übrigen war der Verstorbene auch ein großzügiger Wohltäter und ein tüchtiger Förderer der Kunst. Seine Gemäldesammlung zählte zu den berühmtesten der Reichshauptstadt, und bis in die letzten Jahre hinein bewährte Geheimer Rat Arnhold sein reges Interesse allen künstlerischen Bestrebungen gegenüber.

Der Verstorbene ist ein Bruder des Dresdner Bankiers Geheimer Rat G. Arnhold.

### Die Verschleuderung deutscher Patente in Amerika.

Washington, 10. August. „New York World“ berichtet, daß Regierungsgesellschaften die Entzifferung von fünfzehn angeblich absichtlich geheimnisvoll gehaltenen deutschen Patenten gelungen sei, die sich unter den 4500 Patenten befanden, die während des Krieges beschlagnahmt und später an die „Chemical Foundation“ verschleudert wurden. Die entzifferten Patente behandeln synthetisches Benzol und raffiniertes Leichtöl und wurden gemeinsam von der General Motors Company, den Standard Oil, und Dupont-Werken zur Herstellung eines neuen Leichtautomobils verwendet, das angeblich die Weltrevolutionieren soll. Die Patente, deren kommerzieller Wert mit hundert Millionen Dollars veranschlagt wird, können gemäß dem „Chemical Foundation“-Kaufvertrag von jedem Amerikaner für je 100 Dollar plus 5 Prozent Abgabe vom Reingehalt erworben werden.

### Tschischerin nimmt seinen Abschied.

Paris, 11. August. Ein Revolver-Blatt veröffentlicht eine Meldung aus Moskau, wonach Tschischerin aus Gesundheitsrücksichten den Rat der Volkskommissare um seinen Abschied gebeten hat. Zu seinem Nachfolger soll der Volkswirtschaftler K. A. K. ernannt sein. (Z.-U.)

## Die Londoner Presse zur Lage in Marokko.

### Das Ende des Feldzuges noch nicht abzusehen.

London, 11. Aug. Die „Times“ meldet aus Tanger: Die Tschelbacharmee sammelten sich wieder. Ihre Führer sind jedoch immer noch bei Abd el Krim in Alhadi, aber bei den Truppen sind Boten mit Befehlen eingetroffen, um sich für einen neuen Feldzug bereitzustellen. Es wird angenommen, daß der Angriff auf die spanischen Linien in der Nähe von Temon und auf die französischen Linien im Arbusuar-Bezirk einige Meilen südlich von Alfasar erfolgen werde. Der „Daily Telegraph“ veröffentlicht ein Telegramm aus Temon, worin es heißt: Die Lage in der Gegend von Bezan, insbesondere westlich dieser Stadt, ist weiterhin sehr ernst.

### Abd el Krim besteht auf der Unabhängigkeit der Riffstaaten.

Paris, 11. August. Ministerpräsident Painlevé hat gestern der Presse mitgeteilt, er habe ein Telegramm von Primo de Rivera erhalten, worin gesagt wird, daß ein Abgesandter Abd el Krims ihm erklärt habe, dieser werde keine Friedensverhandlungen eröffnen, wenn nicht die absolute Unabhängigkeit des Rifflandes vorher anerkannt würde.

Paris, 11. August. Der „Temps“ meldet: Nach näheren Nachrichten beharre General Primo de Rivera auf dem Plan einer Expedition. (R. T. B.)

Frankreich will sich „vorläufig in Reserve halten“.  
Paris, 11. August. Am Duai d'Oran, ebenso wie im Kriegesministerium hat vorläufig noch keine offizielle Bestätigung über den Schritt vor, den Abd el

Krim durch Delegierte bei Primo de Rivera unternommen habe und bei welchem er den Eintritt in Friedensverhandlungen von der vorherigen Anerkennung der Unabhängigkeit des Riff abhängig gemacht haben soll. An französischen amtlichen Stellen erklärt man, daß Frankreich sich vorläufig in der Reserve halten werde, bis ein diplomatisches Wege die spanische Regierung der französischen von dem Schritt Mitteilung gemacht habe.

Gerihtsweise bemerkt aber der der Regierung nahestehende „Paris Soir“, daß der Duai d'Oran die Bedingung Abd el Krims als unannehmbar ablehne. Die französischen offiziellen Kreise scheinen noch immer unverändert darauf, daß Abd el Krim nur eine Verwaltungsunabhängigkeit und keine politische Unabhängigkeit zugestanden werden könne. Die französische Regierung werde unter keinen Umständen die Schaffung eines unabhängigen Staates auf der Grundlage des französischen Protektorats dulden, da dies den deutschen und gewissen ausländischen Elementen erlauben würde, sich unbehelligt darin niederzulassen. (Welche Gefahr für Frankreich! R. d. R.)

### Zur schweren französischen Schlappe in Syrien.

Paris, 11. August. Das berichtet aus Marseille, daß der Dampfer „Sinola“, von Beirut kommend, in Marseille eingetroffen sei. Unter den Passagieren befände sich der Industrielle Flayout, der mit einem detaillierten Sonderbericht des Generals Sarrail an den Ministerpräsidenten Painlevé beauftragt sei. Flayout werde sich heute abend nach Paris weitergeben. Er habe es abgelehnt, irgendeine nähere Auskunft aus dem Inhalt des Berichts zu geben, da Ministerpräsident Painlevé zuerst davon Kenntnis haben solle. Ertrag dem gelang es einem Vertreter der Agentur Dasas, von den Mitreisenden, die aus Syrien gekommen seien, Aufschlüsse über die Vorgänge in Syrien zu bekommen, die im wesentlichen die bereits mitgeteilten Meldungen bestätigen.

### Meuterei unter deserterierten Marokkanern.

Berlin, 11. Aug. In Landskron in Niederbayern befinden sich zum Teil schon fast seit zwei Jahren im Landesgerichtsgefängnis eine Anzahl von Marokkanern, Deserteure aus Truppenteilen im besetzten Gebiete, in Schutzhaft. Trotz aller Bemühungen der deutschen Behörden war es bisher nicht möglich, sie in ihre Heimat zu befördern. Im Mai dieses Jahres kam es unter ihnen zu einer Meuterei, in deren Verlauf ein Beamter verletzt wurde. Acht Meuterer sind zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt und zur Verbüßung ihrer Strafe nach Landskron abgeführt worden. Im Landskroner Gefängnis befinden sich zurzeit noch 16 Marokkaner in Schutzhaft.

## Die Verfassungsfeiern im Reiche.

### Verfassungsfeier der preussischen Staatsregierung.

Berlin, 11. August. Eine eindrucksvolle Verfassungsfeier, der auch Reichskanzler Dr. Luther, Reichsaussenminister Dr. Stresemann und Reichstagspräsident Lohse beimohnten, veranstaltete heute die preussische Staatsregierung in der Staatlichen Hochschule für Musik. Staatsminister des Innern Severing begann seine Ansprache mit Worten Ludwigs Uhlands und führte dann aus: Das Verfassungswort von Weimar hat den Weg zur Einigung des deutschen Volkes gegeben. Die Jahre 1919 bis 1923 haben uns bis zum Weichblut gebracht, aber die Auswirkung des Verfassungswortes hat uns zum schnellen Aufstieg. Das wir noch keinen gerechten Frieden haben, zeigt ein Blick nach dem Rheinland und nach der deutschen Grenzmark im Osten. Wir verlangen das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht für das deutsche Volk. Der soziale Gedanke, der in der deutschen Verfassung enthalten ist, muß zur Wirklichkeit werden. Severing schloß: Ich glaube an Deutschland, ich glaube an den Reich der Arbeiter. Ich glaube an den Sieg des deutschen Kaufmanns, wie an die Intelligenz des deutschen Technikers und Wissenschaftlers und an den deutschen Staatsgedanken. (R. T. B.)

### Marg als Verteidiger der Verfassung.

Angriffe gegen die Rechtsparteien.  
Berlin, 11. August. Der frühere Reichskanzler Dr. Marx rühmt in einem Artikel in der „Germania“ anlässlich der Verfassungsfeier die Weimarer Verfassung, die sich als durchaus brauchbar bewährt habe. Die Frage, ob sich diese Verfassung auch in den weiten Kreisen eine solche Bewertung und Verehrung, ja eine solche Liebe verdienen, wie es einem so ausgezeichneten Werte zukommen würde, muß Dr. Marx leider verneinen. Er macht dafür die rechtserrichteten Parteien verantwortlich, denen er deshalb Mangel an nationalen Gefühlen vorwirft. Gerade in Zentrumskreisen sollte man die Weimarer Verfassung ehren und achten. Man müsse leider in weiten Kreisen nicht, wie viel eher kritischer Geist in den Bestimmungen der Verfassung zum Ausdruck komme. Gewiß seien viele Säbe der Verfassung vom christlichen Standpunkt zu beanstanden. Man sollte aber nicht übersehen, daß die Weimarer Verfassung der Kirche volle Freiheit verschafft habe.

### Verfassungsfeier in Dortmund.

Dortmund, 11. August. In den Anlagen des Friedensbau im Beisein der Behörden und unter Beteiligung

einer den Saal dicht füllenden Teilnehmerzahl die Verfassungsfeier statt. Landrat Dr. Klausner, der die von Musik- und Gesangsvorträgen umrahmte Festrede hielt, wies in ihr auf die Pflichten hin, die die Verfassung jedem einzelnen Staatsbürger auferlegt habe. Er schloß mit einem Hoch auf das Deutsche Reich. Beinträchtigt wurde die für einen Massenbesuch vorgesehene Feier durch das heute plötzlich einsetzende regnerische Wetter. (R. T. B.)

### Die „Bayrische Staatszeitung“ zum Münchner Besuche des Reichspräsidenten.

München, 11. August. Zu dem Besuche des Reichspräsidenten in München schreibt die „Bayr. Staatszeitung“: Wieder kommt Hindenburg nach München, diesmal zu feierlichem Staatsbesuch, nicht mehr als der große Feldherr, sondern als Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches, als erster vom Volke gewählter Reichspräsident. Wir wissen wohl, daß in der Weimarer Verfassung dem Präsidenten des Deutschen Reiches im Gegensatz zu anderen Republiken nur ein ganz beschränktes Maß von Macht und Rechten zugewiesen worden ist. Jedemfalls haben alle die Millionen, die Hindenburg zum Reichspräsidenten gewählt haben, mit der Wahl die Erwartung verbunden, daß der neue Reichspräsident als Exponent der nichtrevolutionären Kräfte im Volke in Erscheinung tritt und der direkten oder indirekten Weiterentwicklung der Weimarer Verfassung im Sinne der Revolutionstheorie die Autorität und den Einfluß seiner ganzen Persönlichkeit entgegenstellen werde. In diesem Vertrauen steht auch Bayern dem Staatsbesuch des Reichspräsidenten von Hindenburg als einem bedeutenden Ereignis entgegen. Möge der Reichspräsident von diesem Besuche ebenso die Gewißheit der unbedingten Reichstreue des bayrischen Volkes und Staates, wie die Überzeugung mitnehmen, daß ein Land von der Größe, Bedeutung und Kultur wie Bayern das Recht beanspruchen kann, die Unverletzlichkeit seiner Eigenstaatlichkeit auch im neuen Reich erhalten und gesichert zu wissen. In diesem Sinne heißt das ganze bayrische Volk den neuen Reichspräsidenten v. Hindenburg in Bayerns Hauptstadt herzlich willkommen. Wir alle wünschen ihm, daß er wieder in Bayerns Bergen Erholung und neue Kraft für sein schweres Amt finden möge.

### Der Reichspräsident nach München abgereift.

Berlin, 11. August. Der Reichspräsident hat sich heute abend mit dem fahrplanmäßigen Zuge um 9 Uhr 2 Minuten zum Besuche der bayrischen Regierung nach München begeben.